

**Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses  
am Mittwoch, dem 10.09.2008, im Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. A4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr**

**Ende: 11:50 Uhr**

		Seite
.	<b><u>Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht <b>065/2008</b>	<b>4</b>
2.	Geplante Neuorganisation des hausärztlichen Notdienstes im Kreis Warendorf <b>063/2008</b>	<b>6</b>
3.	Gesundheitsförderliche und präventive Projekte im Kinderbereich im Kreis Warendorf <b>064/2008</b>	<b>8</b>
4.	Vorstellung des Modellprojektes "Verbesserung der Vernetzung von Hilfen für pflegebedürftige Kinder" der PariSozial gGmbH <b>075/2008</b>	<b>10</b>

**Anlagen**

Anlage 1	Bericht des Herrn Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE
Anlage 2	Zusammenschluss der Haus- und Fachärzte im Raum Warendorf
Anlage 3	Mittagsverpflegung in Ganztagschulen im Primarbereich im Kreis Warendorf
Anlage 4	Aktionsbündnis gesunde Kinder im Kreis Warendorf
Anlage 4a	Übergewichtige Schulanfänger im Kreis Warendorf
Anlage 5	Modellprojekt zur "Verbesserung der Vernetzung von Hilfen für pflegebedürftige Kinder"

**Anwesend:**

<b>Vorsitz</b>	
Tünste-Poschmann, Hildegard	
<b>Ausschussmitglieder</b>	
Birkhahn, Astrid	
Grabenmeier, Hildegunde	
Hein-Kötter, Dorothea	
Hohmann de Palma, Ingrid	
Holz, Günter	
Mors, Annette	
Schmidt, Ulrike	
Steiner, Hans-Rüdiger	
Stöppel, Gregor	
Strohbücker, Josef	
Strübbe, Robert	
Wartala, Franz-Jörg	
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>	
Dufhues, Hannelore	Vertretung für Herrn Josef Hörnemann
Zimmermann, Götz	Vertretung für Frau Christiane Würdemann
<b>von der Verwaltung</b>	
Börger, Heinz Dr.	
Klausmeier, Brigitte	
Lummer, Petra	
Schabhüser, Helmut	
Schmiele, Angelika	
Schulze-Kalthoff, Norbert Dr.	
<b>Gäste</b>	
Gerwin, Birgit	PariSozial gGmbH
Nierhoff, Rainer Dr.	Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe
Thelen, Rolf Dr.	Praxisnetz Warendorfer Ärzte

von der Osten, Ansgar

Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-  
Lippe

Wapelhorst, Peter

ARGE SGB II im Kreis Warendorf

Zöller, Dietmar

PariSozial gGmbH

**Es fehlten entschuldigt:****Ausschussmitglieder**

Hörnemann, Josef

Wördemann, Christiane

Frau Tünte-Poschmann eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Sozialausschuss mit Einladung vom 29.08.2008 form- und fristgerecht einberufen wurden.

**I. Öffentlicher Teil**

<b>1.</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht</b>	<b>065/2008</b>
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Börger erläutert, dass das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit der Arbeitsgemeinschaften als Mischverwaltung von Bundesagentur und kommunalen Trägern festgestellt habe.

Seitens der Arbeits- und Sozialminister der Länder war am 14.07.2008 eine Änderung des Grundgesetzes zur Zulässigkeit der Mischverwaltung angeregt worden. Der Bundesarbeitsminister hatte diesem Vorschlag zugestimmt.

Zum 29.09.2008 habe der Bundesarbeitsminister die Länder eingeladen. Bis dahin werde ein Konzept für einen Gesetzesentwurf erwartet.

Herr Dr. Börger begrüßt diese Entscheidung. Die ARGE werde danach in eine eigene Körperschaft umgewandelt.

Die Beschäftigten der Städte und Gemeinden würden zunächst nicht zur ARGE wechseln. Diese würden weiterhin von ihren bisherigen Arbeitgebern zur ARGE abgeordnet. Bedingt durch die übliche Mitarbeiterfluktuation würden künftige Mitarbeiter dann direkt bei der ARGE eingestellt.

Herr Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE SGB II im Kreis Warendorf, erläutert den aktuellen Sachstand

- zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften
- zur Entwicklung der Hilfeempfänger und erwerbsfähigen Hilfeempfänger
- Bedarfsgemeinschaften nach Städten und Gemeinden
- zur Zielvereinbarung 2008:
  - Reduzierung der passiven Leistungen Bund (ALG II/Sozialgeld) um 8,5 %
  - Reduzierung der passiven Leistungen der Kommune um 1,5 %
  - Monatliche Leistungen für Unterkunft im Jahresverlauf
  - Leistungen für Unterkunft je hilfebedürftiger Person
  - Erhöhung der Integrationsquote um 7,6 %
  - Erhöhung der Integrationsquote der unter 25-jährigen um 5,3 %
  - Sicherung des Lebensunterhalts/ durchschnittliche Bearbeitungsdauer
- zur Anzahl der Maßnahmeeintritte per 02.09.2008

anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 1).

Des Weiteren informiert Herr Wapelhorst über den aktuellen Vergleich zu den ARGEen in NRW.

Herr Strohbücker erkundigt sich nach der Maßnahme für Selbstständige, die Leistungen nach dem SGB II beziehen.

Herr Wapelhorst berichtet, dass das Selbstständigen-Projekt zum 01.09.2008 gestartet sei. Zielgruppe seien die ca. 240 Selbstständigen im Kreis Warendorf, die auf Hilfe zum Lebensunterhalt durch die ARGE angewiesen sind.

Herr Wapelhorst weist darauf hin, dass die ARGE Warendorf bei den Integrationen der unter 25-jährigen NRW-weit auf Platz 1, bundesweit auf Platz 2 liege.

Frau Tünte-Poschmann dankt Herrn Wapelhorst für seinen Bericht.

<b>2.</b>	<b>Geplante Neuorganisation des hausärztlichen Notdienstes im Kreis Warendorf</b>	<b>063/2008</b>
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Schulze Kalthoff teilt mit, dass seitens der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL) die Einrichtung größerer Notfallbezirke im Kreis Warendorf geplant sei.

Herr von der Osten, stv. Geschäftsbereichsleiter "Zulassung und Sicherstellung" der KVWL, erläutert das Erfordernis zur Reform der vorhandenen Struktur des Notfalldienstes.

Der Notfalldienst in seiner jetzigen Form sei nicht zukunftsfähig und stelle für viele Ärzte eine unzumutbare Belastung dar. Die hohen Dienstfrequenzen verstärken die Nachwuchsprobleme erheblich und ziehen einen weiteren Ärztemangel nach sich. Es sei daher erforderlich, die vorhandenen Ressourcen zu bündeln und so die Belastung der Ärzte zu verringern.

Um die flächendeckende Notfallversorgung der Bevölkerung durch niedergelassene Vertragsärzte auch in Zukunft sicherzustellen, sei eine Reform des Notfalldienstes in Westfalen-Lippe vorgesehen. Dazu solle u.a.

- eine Verlagerung von Notfallpraxen an Krankenhäuser erfolgen, um Synergien mit diesen zu nutzen
- eine zentrale Leitstelle für Notdienste als erster Ansprechpartner eingerichtet werden zur Verbesserung der Steuerung und Inanspruchnahme (hohe Bekanntheit und sehr gute Erreichbarkeit),
- ein Fahrdienst für Patienten, die nicht selbst in die Praxis kommen können, eingerichtet werden. Die Anzahl der erforderlichen Fahrdienste sei noch zu prüfen.

Es werde mindestens ein Jahr dauern, diese neuen Strukturen zu schaffen, erklärt Herr von Osten, u.a. wegen der bestehenden vertraglichen Bindungen.

Herr Dr. Nierhoff, Bezirksstellenleiter Münster I der KVWL, führt aus, dass die Reform für die Patienten in keiner Weise eine Verschlechterung der Leistungen bedeuten werde. Dieses sei ein wichtiger Punkt der Reform. Von Vorteil sei, dass die Patienten durch Anruf bei der zentralen Leitstelle sofort zur richtigen Stelle geleitet werden.

Die Reform sei erforderlich, da bisher vorhandene Ressourcen verschwendet wurden. Derzeit teilten sich 5 Ärzte einen Notdienst, so dass ein Arzt jede 3. Woche abends Notdienst habe.

Herr Dr. Thelen, Praxisnetz Warendorfer Ärzte, berichtet anhand einer Präsentation (Anlage 2), dass die 4 Notdienstbezirke des Nordkreises zusammengelegt werden sollen und legt einen entsprechenden Vorschlag vor. Es dürfe jedoch nicht sein, dass von 8 – 19 Uhr eine sehr gute Versorgung gewährleistet sei und in der übrigen Zeit nicht.

Er weist darauf hin, dass eine mögliche Teilung des Warendorfer Nordkreises in 2 Bezirke dazu führen könnte, dass sich Patienten aus dem westlichen Bezirk ggfls. nach Münster orientieren.

Herr von der Osten erklärt, dass der Vorschlag zur Zusammenlegung der Bezirke des Nordkreises von Herrn Dr. Thelen fast identisch sei mit der Planung der KVWL. Oelde und Wadersloh sollten einen eigenen Bereich darstellen.

Die übrigen südlichen Orte des Kreises (Ahlen, Beckum, Drensteinfurt, Ennigerloh, Sendenhorst) seien im Verbund mit dem Bezirk Hamm vorgesehen.

Auf Nachfrage teilt Herr Dr. Nierhoff mit, dass mit den Ärzten der Palliativmedizin noch kein flächendeckender Vertrag geschlossen wurde. Die AOK spreche sich derzeit dagegen aus.

Herr Dr. Börger erkundigt sich nach der Entwicklung des kinderärztlichen Notdienstes.

Herr Dr. Nierhoff erläutert, dass für den kinderärztlichen Notdienst zwingende Vorgaben nach dem SGB V gelten:

- die Erreichbarkeit des Notdienstes müsse gesichert sein
- die teilnehmenden Ärzte müssten bereit sein, Hausbesuche durchzuführen.

An dieser Bereitschaft sei der Notdienst im Kreis Warendorf bislang gescheitert, da für die Ärzte in vielen Fällen zu lange Wege anfallen würden.

Bei Einrichtung einer zentralen Leitstelle könne jederzeit eine Kinderarztpraxis angeboten werden, die auch Hausbesuche durchführt.

Herr Dr. Nierhoff führt aus, dass der Notdienst in Westfalen-Lippe jährlich 45 Mio. € koste. Diese Summe sei von den Ärzten aufzubringen.

Herr von der Osten teilt mit, dass sich die KVWL um den Ärztenachwuchs Sorge. Es sei zu prüfen, wie Arztstühle für den Nachwuchs attraktiver gestaltet werden könnten, vor allem auf dem Lande.

Herr Dr. Börger betont, dass er Gesprächsangebote gern annehmen werde.

Frau Tünte-Poschmann dankt Herrn Dr. Nierhoff, Herrn Dr. Thelen und Herrn von der Osten für ihre Ausführungen.

3.	<b>Gesundheitsförderliche und präventive Projekte im Kinderbereich im Kreis Warendorf</b>	<b>064/2008</b>
----	---	-----------------

Herr Dr. Schulze Kalthoff teilt mir, dass Frau Ebeler, Diplomandin der Fachhochschule Münster, für die Durchführung des Pilotprojektes "Mittagsverpflegung in Ganztagschulen im Primarbereich im Kreis Warendorf" gewonnen werden konnte. Sie werde nicht wie geplant an der Sitzung teilnehmen, da die Ergebnisse der Untersuchung von der Fachhochschule Münster noch nicht freigegeben seien.

Frau Lummer erläutert das Projekt anhand einer Präsentation (Anlage 3).

Herr Strohbücker erkundigt sich, wie die Ergebnisse der Untersuchung verwendet würden.

Frau Lummer teilt mit, dass die Schulen bei negativen Untersuchungsergebnissen Handlungsempfehlungen erhalten werden. Eine Verpflichtung zur Änderung der Mittagsverpflegung könne nicht ausgesprochen werden.

Herr Dr. Schulze Kalthoff ergänzt, dass nur bei Feststellung von gesundheitlichen Risiken für die Kinder weitergehende Maßnahmen als eine Handlungsempfehlung möglich seien.

Herr Dr. Schulze Kalthoff erläutert das Projekt "Kindergarten in Bewegung". Es handele sich hierbei um ein Kooperationsprojekt des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes des Kreises Warendorf und dem Kreissportbund Warendorf e.V. Das Projekt wurde erstmalig in einem Zeitraum von 6 Monaten um die Jahreswende 2006/2007 in zwei Kindergärten in Ahlen durchgeführt.

Die Erzieherinnen des Kindergartens wählten 12 übergewichtige und/oder bewegungsauffällige Kinder für das Bewegungsprojekt aus. In einem Zeitraum von 6 Monaten führte eine Übungsleiterin des Kreissportbundes Warendorf e.V. 1x pro Woche gemeinsam mit einer Mitarbeiterin des Kindergartens ein kostenloses Bewegungsangebot durch. Die Kinder wurden von den Kinder- und Jugendärztinnen des Kreises Warendorf vor dem Projekt auf ihre motorische Beweglichkeit hin untersucht. Nach Beendigung der Projektmaßnahme wurde die Untersuchung wiederholt um festzustellen, ob sich das Bewegungsverhalten der Kinder verändert hat.

Nach der sechsmonatigen Intervention sollen die Erzieherinnen Fähigkeiten erworben haben, um Bewegungseinheiten selbständig im Kindergartenalltag durchführen zu können. Das Projekt solle insbesondere dazu beitragen, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

Das Kooperationsprojekt werde in diesem Jahr in den Orten Ennigerloh und Beckum-Neubeckum fortgesetzt, erklärt Herr Dr. Schulze Kalthoff abschließend.

Herr Dr. Börger dankt insbesondere dem Kreissportbund Warendorf e.V. für die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt und dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien sowie dem Bundestagsabgeordneten Reinhard Schultz für den Hinweis, einen Projektantrag zu stellen.

Es wird angeregt, in der Vereinbarung zwischen dem Kreis Warendorf und dem Kreissportbund Warendorf e.V. in § 3 Absatz 1 Satz 2 die Worte "nach Möglichkeit" zu streichen.

Frau Lummer berichtet über das "Aktionsbündnis gesunde Kinder im Kreis Warendorf" (Anlage 5). Sie weist darauf hin, dass der schriftliche Bewilligungsbescheid des Bundesverwaltungsamtes Köln derzeit noch nicht vorliege.

Der in Ahlen im Vergleich zum übrigen Kreis besonders hohe Anteil an übergewichtigen und adipösen Kindern könne mit dem sozialen Status und mit dem kulturellen Hintergrund zusammenhängen, führt Frau Lummer aus.

Aktuelle Daten der Schulanfängeruntersuchungen im Kreis Warendorf würden dem Protokoll beigelegt (Anlage 4a).

Frau Grabenmeier gibt zu bedenken, dass Kinder aus sozial schwachen Familien möglicherweise aus finanziellen Gründen keinen Sport im Verein treiben könnten.

Herr Zimmermann weist darauf hin, dass z.B. ein monatlicher Beitrag von 4 € für jeden finanzierbar sei. Die Teilnahme am Sport dürfe nicht am Geld scheitern. Ggfls. sei auch eine kostenlose Teilnahme möglich.

Herr Dr. Börger hält es für erforderlich, dass bei Kindern ein langfristiges Interesse für den Sport und Sportvereine geweckt werde. In Einzelfällen könnte der Beitrag auch vom Jugendamt übernommen werden.

Abschließend weist Herr Dr. Börger darauf hin, dass der Integrationsprozess für Kinder auch im Sport stattfinden könne. Schwierig sei dieses jedoch vor allem bei Mädchen.

<b>4.</b>	<b>Vorstellung des Modellprojektes "Verbesserung der Vernetzung von Hilfen für pflegebedürftige Kinder" der PariSozial gGmbH</b>	<b>075/2008</b>
-----------	--	-----------------

Herr Zöller, Geschäftsführer der PariSozial gGmbH, berichtet, dass die PariSozial gGmbH seitens der Spitzenverbände der Pflegekassen mit der Durchführung des Modellprojektes zur "Verbesserung der Vernetzung von Hilfen für pflegebedürftige Kinder" beauftragt wurde.

Herr Zöller und Frau Gerwin stellen das Modellprojekt vor (Anlage 5).

Herr Zöller weist darauf hin, dass es sich bei dem Modellprojekt um eine Allianz der für pflegebedürftige Kinder zuständigen Institutionen handele. Lediglich der Kreis Warendorf sei im Beirat nicht vertreten.

Herr Dr. Börger erklärt, dass eine Mitarbeit des Kreises im Beirat nicht möglich sei, da Interessenkonflikte für den Kreis als Kostenträger auftreten könnten.

Frau Mors lobt das durchdachte und detaillierte Konzept des Projektes. Sie wünscht sich, dass dieses noch bekannter werde, damit für mehr Fälle als im 1. Halbjahr 2008 (8 CM-Fälle von 23 Erstkontakten) das Case-Management in Anspruch genommen wird.

Herr Zöller erklärt abschließend, dass dieses Modellprojekt der Weiterentwicklung der Pflegeversicherung diene und daher aus dem Blickwinkel der Pflegekassen durchgeführt werde. Es könne nicht jeder in dieses Konzept für komplexe Fälle eingebunden werden, oft reiche auch eine Beratung aus.

Frau Tünte Poschmann dankt Frau Gerwin und Herrn Zöller für die Vorstellung des Modellprojektes.

Frau Tünte-Poschmann schließt die Sitzung um 11.50 Uhr.

Hildegard Tünte-Poschmann  
Vorsitzende

Dr. Heinz Börger  
Schriftführer